

Der deutschmährische Städtetag.

Wien, 19. Juli.

Neben die Beschlüsse, welche der gestern in Brünn abgehaltene deutschmährische Städtetag, über dessen Verlauf wir bereits im Abendblatte berichtet haben, gefaßt hat, liegt uns folgende Bericht vor:

Die Teilnahme an dem Städtetage war außerordentlich rege. Nahezu alle deutschmährischen Städte und politischen Subengemeinden Mährens hatten ihre Vertreter entsandt. Außerdem waren anwesend: Herrenhausmitglied Braß und die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Albrecht, Doktor Bodirsky, Dr. v. Fischl, Dr. Kreisler, Geiter, Sanderka, Dr. Jarolim, Jesser, Jung, Kassa, Langer, Laßner, Dr. v. Licht, Lufsch, Prayon, Otto Primavesi, Rieger, Rogelböck, Rüttel, Dr. Sommer, Winter, Dr. Wilhelm und Zeissel. Die Regierung war durch den Statthalter Dr. Freiherrn v. Weyleben vertreten.

Nach der Kulbigung für den Kaiser wurde an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach dem Berichte des Vizebürgermeisters Gustav Oberleithner (Mährisch-Schönberg) über Maßnahmen gegen die allgemeine Fenerung wurde folgende Entschließung gefaßt: Die Regierung wird ersucht, den bereits bestehenden Verordnungen und Gesetzen mit allem Nachdruck Geltung zu verschaffen, ähnlich den Maßnahmen, wie sie für Getreide und Zucker erlassen wurden, auch solche für alle anderen Nahrungs- und Verbrauchsmittel zu treffen, wozu schon die erste Verordnung vom 1. August 1914, betreffend die Aufnahme der Vorräte aller Artikel, die weitestgehenden Handhaben und Möglichkeiten, sie in gutem Sinne durchzuführen, bietet, aber darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht einzelne Interessengruppen zum Schaden des gesamten Volkes bevorzugt werden."

Abg. Dr. Jarolim berichtete über die Rückwirkung des Krieges auf die Finanzlage der Städte und beantragte:

Der deutschmährische Städtetag, welcher sich mit den bei der Tagung deutschösterreichischer Städte am 14. Mai l. J. in Wien gefaßten Beschlüssen solidarisch erklärt, erwartet von der Regierung Maßnahmen, vermöge welcher den Städten die ihnen durch den Krieg erwachsenden außerordentlichen Auslagen von der Staatsverwaltung ersetzt und durch welche die die Haushalte der Städte in Zukunft schädigenden Wirkungen der kriegerischen Ereignisse durchaus weggemacht werden. Der deutschmährische Städtetag spricht die Ueberzeugung aus, daß eine wesentliche Besserung der Finanzlage der Städte nur durch eine die Beschlüsse des sechsten deutschösterreichischen Städtetages vom Jahre 1908 tunlichst berücksichtigende, alsbald in die Wege zu leitende gründliche Reform der Finanzverfassung und Verwaltung der öffentlich-rechtlichen autonomen Körperschaften, welche eine kräftige, finanziell, wirtschaftlich und kulturell aufsteigende Entwicklung der Städte verbürgt, ermöglicht werden kann. Der Städtetag beauftragt das Präsidium, den Vorstand des Deutschen Nationalverbandes zu ersuchen, bei der hohen Regierung im Sinne der Verwirklichung der vorstehenden Beschlüsse mit allem Nachdruck hinzuwirken.

In der Debatte über diese Berichte sprach sich Herrenhausmitglied Braß gegen die von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt geübte Form der Verteilung der Getreidevorräte aus. Die Städte müssen die Freiheit erlangen, das, was sie brauchen, selbst zu kaufen und zu verteilen. Manche Teile des Landes haben Ueberfluß an Edelmehl, andere Gegenden Mährens bekommen nur Mats. Es sollte eine Organisation geschaffen werden, die jeden Fall von Preistreiberie zur Strafanzeige bringt. Von der Eisenbahnverwaltung werde Mähren freimütterlich behandelt.

Abg. Langer (Sternberg) empfahl die Errichtung einer ständigen Städtetanzlei.

Vizebürgermeister Koenig (Zulnet) verlangt Höchstpreise für Vieh und agrarische Produkte.

Abg. Dr. v. Fischel stellt nach eingehender Begründung den Antrag, die Regierung aufzufordern, daß sie im Interesse der Vermehrung unserer Lebensmittel alles daran setze, die Einfuhr aus neutralen Ländern zu fördern und zu erleichtern.

Dr. Zebö (Olmütz) beantragt, zur Verhütung der Unterernährung den Mais freizugeben. Die Brotkarte hätte ausschließlich für Edelmehl, höchstens noch für Gerste zu gelten.

Laus (Proßnitz) beantragt den Zusammenschluß der deutsch-mährischen Städte zu einem Städtebunde, der ihre ständige Vertretung zu bilden hätte. Die Kriegsgetreidegesellschaft entspricht ganz und gar nicht den Bedürfnissen der Städte, sondern lediglich denen der Agrarier.

Abg. Jung legt dar, daß kein Mangel an Betriebsmitteln bei den Bahnen herrscht. Auf einzelnen Lokalfrecken verkehren jetzt mehr Züge als vor dem Kriege, aber der Anschluß an die Hauptstrecken sei nicht hergestellt.

Stadtrat Dr. Krumpholz beantragt die Einsetzung eines aus zwölf Personen bestehenden Ausschusses, der die Satzungen eines zu gründenden Verbandes deutsch-mährischer Städte auszuarbeiten, deren Genehmigung zu erwirken und im Laufe der nächsten drei Monate einen neuen deutsch-mährischen Städtetag einzuberufen hätte. Redner empfiehlt die mährische Landeslebensversicherung zum Abschluß von Kriegsversicherungen.

Abg. Dr. Bodirsky wendet sich gegen das Verhalten der politischen Behörden, die den örtlichen Verhältnissen nicht in entsprechender Weise Rechnung tragen.

Bei der Abstimmung erfolgt die Annahme sämtlicher Anträge.

In den ständigen Ausschuss des Städtetages werden gewählt: Dr. Ritter v. Wieser, Dr. Wilhelm, Zeise, Sanderka, Oberleithner, Dr. Jarolim, Doktor Fiedler (Mährisch-Ostau), Dr. Gomma, Dr. Kaniaf, Brandhuber, Abg. Langer und Braß.

Auf Antrag Langers wird beschlossen, die Rundschreibungen der Versammlung der Regierung zur Kenntnis zu bringen.